

WIR

in der Städteregion Aachen



Zeitung der Fraktionen
und des Kreisverbandes DIE LINKE
in der Städteregion Aachen

Aus den Kommunen
Erfolg für DIE LINKE:
Sozialticket vor Einführung

Beilage Kreisverband DIE LINKE
Städteregion Aachen
SEITE 6

Nr. 0 – Oktober 2010
0. Jahrgang

Liebe Leser,

nach der letzten Kommunalwahl im August 2009 gehört DIE LINKE fest zur politischen Realität in der Städteregion Aachen. Sowohl im Rat der Stadt Aachen, in den Räten der Städte Alsdorf, Herzogenrath und Stolberg als auch im Städteregionstag (dem früheren Kreistag) ist DIE LINKE mit je einer kleinen Fraktion und in Eschweiler und Monschau mit je einem Mandat für die Bürger aktiv. Bei ihrer Arbeit setzen sich unsere Parlamentarier zusammen mit den Sachkundigen Bürgern stets für mehr Gerechtigkeit in den einzelnen politischen Bereichen ein. Die Schwerpunkte unserer Arbeit bilden die Politikfelder Soziales, Umwelt, Gesundheit, Bildung und Transparenz. Doch auch außerhalb der parlamentarischen Tätigkeit helfen wir bei unterschiedlichen Problemen, mit denen die Bürger sich an uns wenden. Oft reicht es schon, den richtigen Ansprechpartner zu vermitteln oder eine Erläuterung zum Verständnis einer Entscheidung zu geben.



Mit der Zeitung **WIR** werden die Fraktionen der Partei DIE LINKE den Bürgerinnen und Bürgern in der Region

Aachen selbstverständlich kritisch über die Situation in der Städteregion Aachen berichten und über Forderungen und alternative Konzepte der LINKEN informieren. Eine linke und kritische Öffentlichkeit ist dringend erforderlich gegen den herrschenden Mainstream, in dem die Kürzung von Sozialleistungen, eine Haushaltssanierung zu Lasten von Ländern, Städten und Kommunen als angeblich alternativlos dargestellt werden. Dass es auch anders geht und mehr für die Chancengerechtigkeit in der Bildung, für eine Rekommunalisierung der Energieversorgung, für mehr öffentlich geförderte Beschäftigung und mehr öffentliche Investitionen in Städten und Kommunen getan werden kann und muss – dazu wird diese Zeitung ihren Beitrag leisten.

Dr. Gregor Gysi

Ein konkretes Beispiel unserer Arbeit: Nach den Tarifeinsetzungen bei der Servicegesellschaft am Krankenhaus in Würselen, das sich bekanntermaßen zur Hälfte in der Trägerschaft der Städteregion befindet, haben wir uns sofort bei den Akteuren für gerechtere Löhne eingesetzt und in den parlamentarischen Gremien immer wieder für gerechte Löhne Partei ergriffen. Der Einsatz aller Beteiligten hat

sich gelohnt! Unsere erfolgreich begonnene Arbeit werden wir fortsetzen und Sie hierüber künftig auf unterschiedliche Weise informieren. Dazu wird regelmäßig diese Zeitung herausgegeben. Außerdem werden unsere jeweiligen Internetseiten entsprechend informativ gestaltet. Besuchen Sie uns!

Es grüßt Sie stellvertretend **Uwe F. Löhr**,
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Städteregionstag

LINKS wirkt: Sozialticket kommt!

Es war schon ein sehr dickes Brett, das es zu durchbohren galt. Doch es scheint gelungen. Nach langem Hin und Her sollen Aachen und die StädteRegion endlich eine ermäßigte Monatskarte für EmpfängerInnen von Transferleistungen (z.B. ALG II) bekommen. Am 1.1.2011 geht es los. So haben es die politischen Gremien beschlossen.

Erstaunlich ist, wie einfach es auf einmal geht:

Der Aachener Verkehrsverbund (AVV) will das Ticket „auf eigene Kosten“ einführen, also ohne zusätzliche Zuschüsse der Stadt Aachen oder der StädteRegion. In der Umsetzung soll auf den Erfahrungen des Kreises Düren aufgebaut werden. Dort gibt es das Ticket bereits.

Tücken stecken allerdings noch im Detail. So soll das Ticket an Wochentagen erst ab 9 Uhr gültig sein. Das wäre nur praktikabel, wenn die ARGE erst ab 9.30 Uhr Termine mit Arbeitsuchenden macht. Das darf als unwahrscheinlich gelten. Ein noch größeres Problem ist der geplante Preis: EUR 29,80 ist für Empfänger von Arbeitslosengeld II deutlich zu hoch. In das ALG II ist für lokale Fahrten lediglich eine Pauschale von rund EUR 15 eingerechnet.



Das Sozialticket gilt in der gesamten Städteregion Aachen.

Mehr sollte ein Sozialticket nicht kosten, wenn es das Recht auf Mobilität für die Opfer von Hartz IV wiederherstellen soll. Interessanterweise war es im Kreis Düren möglich, das Ticket für nur EUR 15 anzubieten.

DIE LINKE bleibt am Ball. Mit dem AVV muss noch

einmal über die Kalkulation gesprochen werden. Wenn das nicht anders möglich ist, müssen sich Stadt und Städteregion finanziell beteiligen, um einen günstigeren Preis hinzubekommen. Ein Sozialticket darf niemanden ausgrenzen!

Dass überhaupt endlich ein diskutierbarer Vorschlag vorliegt, zeigt: **LINKS WIRKT!**

Zum ersten Mal von einer unserer Quellparteien und einer Arbeitsloseninitiative im Jahre 2005 beantragt, wurde das Thema zunächst von allen anderen Parteien ignoriert. Das änderte sich erst im vergangenen Jahr, nachdem ein, ebenfalls von der LINKEN angestoßener, Armutsbericht öffentlich machte, wie es den Opfern von Hartz IV in Aachen geht.

Fortsetzung Seite 2

Links wirkt! Fortsetzung

Ein erneuter Antrag der Fraktion DIE LINKE führte sogar zu einer einstimmigen (!) Willensbekundung des Sozial- und Gesundheitsausschusses, ein solches preisgünstiges Ticket einzuführen. Zwar wurde nicht unser Antrag beschlossen, sondern eine Vorlage von SPD und Grünen, die einige Abweichungen enthielt, doch es gab nun immerhin einen Grundsatzbeschluss!

Bis zur tatsächlichen Einführung des Tickets verging dann noch ein ganzes Jahr. Aber bei der LINKEN wissen wir: Dicke Bretter müssen lange gebohrt werden. Klare Sache: Wir bohren weiter!

Andreas Müller, Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE im Rat der Stadt Aachen



DIE LINKE Fraktion in der Stadt Aachen
(v.l.n.r.) Leo Deumens, Andreas Müller,
Renate Linsen - von Thenen, Ellen Begolli

ARGE adé – Was bringt die gemeinsame Einrichtung für Langzeitarbeitslose?

Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zur Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) im Jahre 2005 war der Höhepunkt (oder besser gesagt Tiefpunkt) der sogenannten Hartz-Reformen. Dummerweise war das damit zusammenhängende Gesetz so schlecht konstruiert, dass das Bundesverfassungsgericht die Einrichtung der Organisationsform ARGE als verfassungswidrig erklärte. Dies zwang die Bundesregierung dazu, bis Ende 2010 ein neues Gesetz zur Betreuung von Langzeitarbeitslosen zu formulieren.

meinsamen Einrichtung den Vorzug geben. Dies geschieht nicht, weil DIE LINKE ihren Frieden mit Hartz IV gemacht hätte – das bisherige System wollen wir lieber heute als morgen gegen eine repressionsfreie, bedarfsorientierte Grundsicherung mit deutlich höheren Regelsätzen ersetzen. Vielmehr sehen wir in der Optionskommune die Gefahr, dass die Trennung zwischen Kurzzeit- und Langzeitarbeitslosen zementiert werden würde. Eine gute Betreuung durch die Kommunen würde auch voraussetzen, dass diese endlich eine ausreichende Finanzausstattung erhalten.

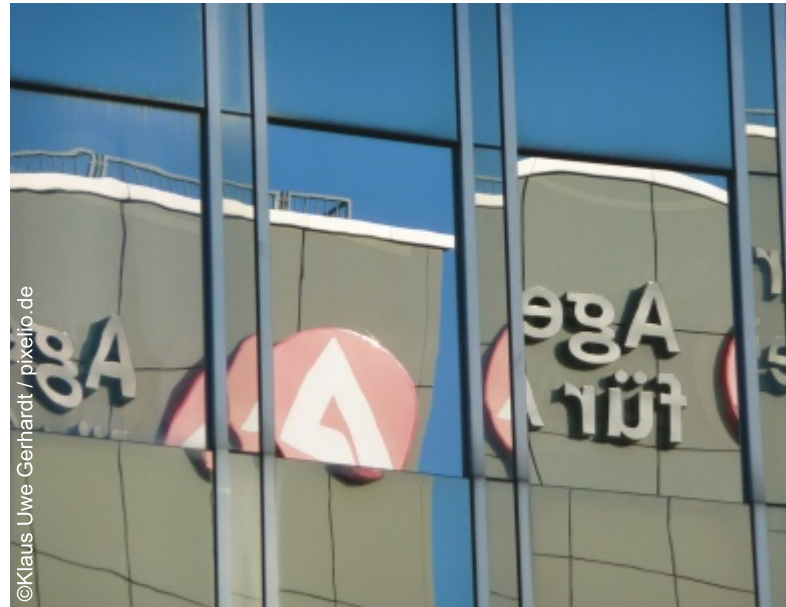
Davon sind wir immer noch weit entfernt.

Die Städteregionsverwaltung zieht mittlerweile ebenfalls die gemeinsame Einrichtung auch mit der Begründung höherer Umstellungskosten bei Einführung des Optionsmodells. Außerdem dürfte dafür die erforderliche 2/3-Mehrheit im Städteregionstag nicht erreichbar sein.

Was ändert sich ab nächstem Jahr dadurch konkret für die Hartz IV-Bezieher in

der Region? Bisherige Ansprechpartner der Geschäftsstellen werden erhalten bleiben. Der Betreuungsschlüssel soll laut Gesetz für Jugendliche auf 1:75 und für Erwachsene auf 1:150 festgelegt werden. Angesichts angekündigter Kürzungsmaßnahmen des Bundes ist das zu bezweifeln. Außerdem ist auch bei solchen Schlüsseln kaum eine vernünftige Betreuung möglich.

Für die Betroffenen gilt auch in Zukunft: Lange Warte- und unfreundliche Servicezeiten sowie fehlerhafte und unverständliche Bescheide. Aus diesen Gründen setzt sich DIE LINKE im Städteregionstag vehement für die Einrichtung einer Ombudsstelle als unabhängige und kompetente Vermittlungsstelle bei Problemen mit dem Jobcenter ein. Auch in Sachen Bürgerarbeit (siehe S 5) und Neugestaltung der Unterkunftskosten werden wir vor Ort für die Rechte der Betroffenen und gegen die Auswüchse einer neoliberalen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik kämpfen.

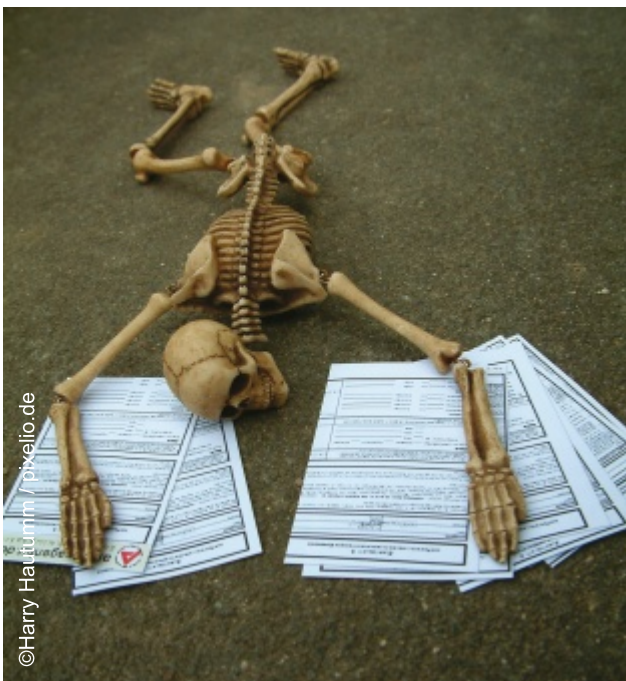


©Klaus Uwe Gerhardt / pixelio.de

Nachdem Bundesarbeitsministerin von der Leyen ihre ursprünglichen Pläne nicht mal den eigenen Parteifreunden verkaufen konnte, kam es zu einem parteiübergreifenden Kompromiss (wohlgemerkt ohne Zustimmung der LINKEN): Demnach werden die bisherigen ARGEn als sogenannte gemeinsame Einrichtung weitermachen, während die bisherigen Optionskommunen erhalten bleiben. Zusätzlich kann eine kleine Zahl von Städten und Landkreisen zur Optionskommune werden.

Was bedeutet das konkret für die Städteregion und ihre ARGE? Die Städteregion könnte sich als Optionskommune bewerben und damit ab 2012 ausschließlich für die Grundsicherung für Arbeitssuchende zuständig sein oder wie bisher zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit zusammen Arbeitssuchende betreuen.

DIE LINKE im Städteregionstag hat sich bereits frühzeitig mit dieser Frage beschäftigt und beispielsweise im Frühjahr eine Veranstaltung zu diesem Thema durchgeführt. Dabei sind wir zum Ergebnis gekommen, dass wir der ge-



©Harry Hauturm / pixelio.de



©knipselme / pixelio.de

Ihre Meinung ist uns wichtig!

eMail: wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de
postalisch

Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag
Stichwort "Leserbrief"

Zollernstraße 16 | 52070 Aachen



Harald Siepman,
Fraktion DIE LINKE im
Städteregionstag Aachen

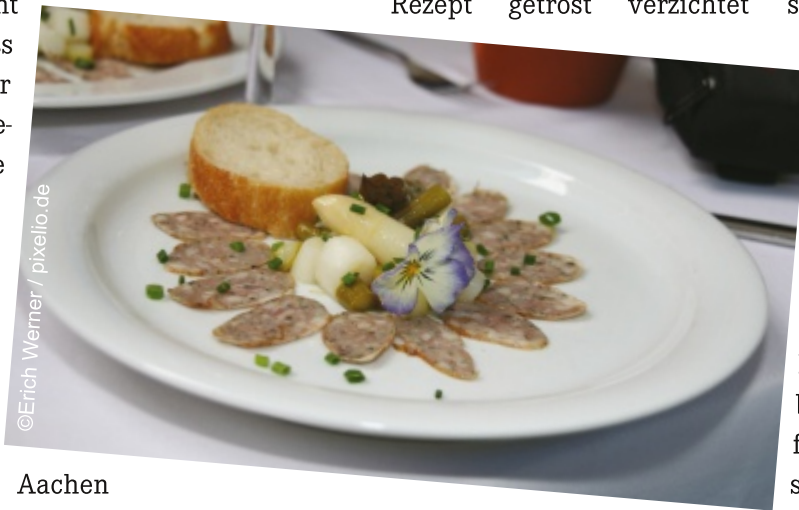
„Aachener Sparmenü à la Carte“: Die Zeche zahlt das Personal!

Im Aachener Haushalt fehlen 60 Mio. Euro. Diese gewaltige Summe ist nicht etwa dadurch entstanden, dass wir Aachener uns hier bislang der „spätromischen Dekadenz“ hingeben hätten - weit gefehlt! Sie ist entstanden, weil der Bund den Kommunen immer mehr Aufgaben zuweist, ohne dafür die nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen.

Aber das Motto der schwarz-grünen Ratsmehrheit lautet nicht: Aachen muss den Druck auf die Bundesregierung erhöhen, um finanziell angemessen ausgestattet zu werden (Einhaltung des Konnexitätsprinzips) - im Gegenteil. Das Motto lautet: Aachen muss sparen, koste es was es wolle! Und weil man weder - wie von uns vorgeschlagen - die Gewerbesteuer anheben möchte, noch auf teure Prestigeobjekte, wie z.B. das sündhaft teure archäologische Fenster im Elisengarten oder die V.I.P. Loge im Aachener Tivoli verzichten mag, spart man - Sie ahnen es sicher schon? Richtig, beim Personal!

Das Rezept für die schnelle Einsparung zwischendurch, hier in der Variante à la Aix la Chapelle. Die Zutaten: Man nehme zunächst: Reichlich fehlende Kommunikation mit dem Personalrat. Mitbestimmung?

Auf diese Zutat kann beim schwarz-grünen Rezept getrost verzichtet



©Erich Werner / pixelio.de

werden! Des Weiteren nehme man alle freiwerdenden Stellen und spare sie ein, zunächst für 6 Monate mit einer so genannten Wiederbesetzungssperre, für die sich die Grünen so vehement einsetzen, dass es Ihnen völlig egal ist, dass der Personalrat dazu noch nicht einmal gehört wurde, geschweige denn mitbestimmen durfte. Dabei ist vollkommen unerheblich, aus welchen Grund die Stellen vakant wurden, ausgepresst wird alles - vom Mutterschaftsurlaub, über die Pflege von Angehörigen, bis hin zum Renteneintritt - ganz egal!

Verfeinert wird das Ganze, indem man die 6-monatige Besetzungssperre für vakante Stellen bis zu 9-12 Monaten gären lässt. Man schreibt sie erst nach 6 Monaten aus - ganz einfach! Und - Überraschung! -

vielleicht lässt man sie auch ganz wegfallen, sollte man zu der Erkenntnis gelangen, dass die verbliebenen MitarbeiterInnen die Mehrarbeit bislang doch ganz gut aufgefangen haben...

Nun - und konnten sie das nicht so gut auffangen, dann kann man das Ganze von privaten Anbietern machen lassen - die sind ohnehin billiger, wie der Bereich Gebäudereinigung zeigt. Dort arbeiten die Beschäftigten zwar unter einem unvorstellbaren Leistungsdruck und das auch noch für entwürdigende Löhne - aber die Stadt spart so die nötigen Summen, um sich das ein oder andere leisten zu können, z.B. weitere Vorzeigeprojekte.

Dieses Rezept schmeckt uns ganz und gar nicht! Aus diesem Grund hat unsere Fraktion im Aachener Stadtrat das Thema am 8.9.10 erneut auf die Tagesordnung gebracht. Leider konnten wir die Besetzungssperre nicht vollständig verhindern - die Ratsmehrheit hat nun einmal schwarz-grün. Wir konnten jedoch erreichen, dass die Sperre jetzt zumindest auf 6 Monate beschränkt bleibt und der Personaldezernent ausdrücklich weitere Privatisierungen ausschließt.

Selbstverständlich werden wir achtsam verfolgen, ob die gemachten Zusagen eingehalten werden.

Ellen Begolli, Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Aachen



Andreas Schmitter

Ihnen graut vor langweiligen Sonntagen? Unser Tipp: Werden Sie Verkäufer/in oder Konsument/in in Vollzeit!

Warum den Sonntag gemeinsam mit der Familie verbringen, seinen Hobbies nachgehen oder einfach einmal in der Woche „die Füße hoch legen“ und gar nichts tun, wenn man doch arbeiten könnte...?

Diese Frage hat der Aachener Stadtrat jetzt für Sie beantwortet. Sie dürfen - und das gleich an 13 Sonntagen im Jahr! Und sollten Sie nicht zu den glücklichen Beschäftigten im Einzelhandel zählen, können Sie dafür sorgen, dass die VerkäuferInnen sonntags auch wirklich genug zu tun haben. Sie dürfen einkaufen gehen, 7 Tage die Woche - nur noch ein Katzensprung zum „Konsumenten rund um die Uhr“. Vorbei die Sonntage des Hungerleidens wegen geschlossener Geschäfte. Vorbei auch die sonntägliche Depression, in der Sie nicht wussten: Wohin mit meiner Zeit, wohin mit meinem Geld? Endlich Vergangenheit: die endloslangen Wochenenden voll gähnender Langeweile!



©Thommy Weiss / pixelio.de

Das macht Sie glücklich. Genau das wollten Sie schon immer? Dann danken Sie dem Aachener Stadtrat dafür, dass er sich in dieser Angelegenheit nicht mit nur einer Abstimmung begnügt hat. Gleich 2 Mal wurde zum Thema „Geschäftsöffnungen an Sonntagen“ abgestimmt. Beim ersten Mal war nämlich eine uneinsichtige Mehrheit dagegen. Aber arbeitsfreie Sonntage konnte man den VerkäuferInnen doch nicht zumuten, so ließ man einfach ein zweites Mal abstimmen. Um die Einsichtigkeit der Widersacher zu

fördern, fanden zwischen den Abstimmungen intensive Gespräche statt und wie durch ein Wunder war bei der zweiten Abstimmung dann - nur einen Monat später - eine Mehrheit dafür. Zwar sind die Beschäftigten im Einzelhandel, die Gewerkschaft, die Kirchen und DIE LINKE. gegen Sonntagsöffnungen - aber wen interessiert's? Hauptsache die Kassen der Unternehmen klingeln!

Oh, Ihr glücklichen Aachener! Hier seid Ihr Konsumenten, hier dürft Ihr es sein! Sie schütteln den Kopf? Sie sind der Meinung, dass der Sonntag als Tag der Erholung und Familie verteidigt werden muss? Dann haben wir etwas gemeinsam! Boykottieren Sie mit uns die Sonntagsöffnungen und fordern Sie auch Ihre Freunde und Bekannten dazu auf! Stellen Sie sich vor, es ist verkaufsoffener Sonntag und keiner geht hin.

Ellen Begolli

Ohne Moos nix los

oder

wie die Herrschenden unsere Demokratie kaputt kürzen indem, sie die Reichen reicher und die Armen zahlreicher und ärmer machen.

Zum Leben braucht man Geld. Zum guten Leben braucht man gutes Geld. Das gilt für jeden. Auch Kommunen machen da keinen Unterschied. Inzwischen pfeifen es aber die Spatzen täglich bei Regen wie bei Sonnenschein aufgeregt von allen Dächern: Den Kommunen steht das Wasser Oberkante Unterlippe. Bei vielen sind die Schulden so hoch, dass sie nicht mehr schlucken können. Selbstverwaltung war gestern. Das Fundament unserer Demokratie zerbricht. Die Räte entscheiden nicht mehr. Sie verwalten nur noch. Notverwaltung statt Selbstbestimmung. Fakt ist, dass 90% aller Kommunen in NRW mehr Geld ausgeben als sie einnehmen. Bund und



Land übertragen ihnen einerseits immer mehr Aufgaben, andererseits stehlen sie ihnen die Finanzen. Widerspruch!
Den Armen nehmen und den Reichen geben.

Armut und Reichtum in Deutschland

- Plus 500.000.000.000 Euro für die Reichen in 10 Jahren.
- Vermögensmillionäre: 2009 > 810.000, 2010 > 861.000
- 30% steigerten in 10 Jahren ihren Anteil am Vermögen von 81 auf 91%.
- 10 % gehört 63 % des gesamten Volksvermögens.
- 22 % leben von unter 860 Euro monatlich
- Mehr als 20 Millionen Menschen sind arm.
- Das private Geldvermögen beträgt heute 4.700.000.000.000 Euro.



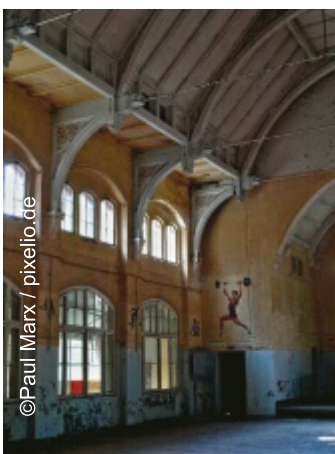
©Kreuznacher Zeitung / pixelio.de

Dann wird über leere Kassen gejammert. Die dann Sachzwang genannt werden. Pure Heuchelei! Hauptursache sind Steuer-senkungen der Regierung Schröder/Fischer seit 1998 von rund 50 Milliarden Euro jährlich.

Reiche werden reicher durch ge-senkte Einkommensteuer von 53 auf 42 %. Das Kapital um 11 Milli-arden Euro jährlich durch Senkung der Einkommen- und Körperschafts-steuer. Schwarz-Rosa hat 2007 mit der „Unternehmensteuerreform“ für 2008 noch-mals 5 Milliarden draufgelegt. Aber auch Schwarz-Gelb plündert seit 2009 die Kommu-nen aus: Mit dem „Wachstumsbeschleuni-gungsgesetz“ drohen 2010 Einnahmeverluste von 6,1 (Kommunen: 0,9), 2011 von 8,2 (Kom-munen: 1,5) und 2012 von 9 (Kommunen: 1,7) Milliarden Euro. Minus 300 Millionen durch Brennelementesteuer, da absetzbar von Kör-perschafts- und Gewerbesteuer. Ebenso kön-nen die Atomkonzerne ihren Beitrag für die Erneuerbaren Energien absetzen.

Der Deutsche Städtetag spricht von einem Rekorddefizit von 15 Milliarden Euro in diesem Jahr. Deshalb werden Jugendeinrichtungen, Bibliotheken, Theater und Bürgerhäuser geschlossen, Gebühren er-höhrt, Investitionen gekürzt - während Autofahrer überlöchrige Straßen rumpeln, die man einst nur aus armen Ländern kannte. Deutschland ein Entwicklungsland.

Protest gegen diese Spal-tungspolitik findet auf breiter Front statt: 19 Ruhrgebietsstädte protestieren mit dem Essener Signal gegen den Zerfall. Spitzen-politiker der Städtereion pilgern zu Merkel, werden aber von Pofalla abgefertigt.



©Paul Marx / pixelio.de

In Geheimgesprächen bittet Merkel Kon-zerne und den Verband der privaten Krankenversicherung um Peanuts. Mit Otto Normalsteuerzahler spricht niemand. Er wird durch den Bundestag zu Abgaben ver-donnert. Diktat der Wirtschaft einerseits - halbe Demokratie nur fürs Volk anderer-seits. Wir fordern, dass die Beiträge der Konzerne etc. ausschließlich im Bundestag beschlossen werden und nirgendwo anders!

Es gibt Alternativen

SPD und GRÜNE wollen „ausgewogen sparen“. DIE LINKE will allein die Verursacher und Gewinner der Krise zur Kasse bitten. Es gilt das reine Verursacher-prinzip!

Wir fordern im Einzelnen

(in Milliarden Euro)

Millionärssteuer	80
Unternehmens- Gewerbesteuerreform	26
Finanztransaktionssteuer	20
Steuervollzug optimieren	10
Bankenabgabe	9
Erbschaftssteuer	4
	149

- Gewerbesteuer zu Gemeindefortschritts-steuer. Auch Ärzte, Rechtsanwälte und Steuerberater sollen für Benutzung der kommunalen Infrastruktur zahlen.
- *Sofortige Abschaffung der Gewerbesteuerumlage an den Bund.*
- *Kommunale Investitionspauschale aus Bundesmitteln.*
- *Entschuldungsfonds für strukturschwache Kommunen und Zinsmoratorium.*

Es geht um die Macht

Die Kommunen brauchen ein institutio-nell verankertes Mitspracherecht. Sie brauchen - analog zum Bundesrat - einen Kommunalrat, zuständig für alle Gesetzesvorhaben des Bundes, die die Interessen der Kommunen betreffen. Alle Gesetze müssen durch diese dritte Kammer bestätigt werden, um Gesetzeskraft zu erlangen. Erst dann werden wir eine Demokratie haben, die diesen Namen wirk-lich verdient! Der Volksmund weiß aus langer Erfahrung: Der Teufel schießt immer auf den größten Haufen. Aber das muss

nicht so bleiben. Wir sind das Volk!



Django Schins

Frischer Wind in der Eifel

Im Herbst 2009 ereignet sich in der Nordeifel eine kleine Sensation: DIE LINKE erhält bei der Kommunalwahl auf Anhieb einen Sitz im Rathaus, einen 2. Sitz verpasst sie nur knapp – es fehlen 19 Stimmen! Es stellt sich heraus, dass bei kommunalpolitischen Themen viele Übereinstimmungen mit dem Programm des Bürgerforum 21 bestehen. Daher wird eine gemeinsame Fraktion gebildet. In der Eifel ticken die Uhren ja bekanntlich anders, also wird gewohnheitsmäßig das gemacht, was der Bürgermeister/in sagt. Und da kommt jetzt DIE LINKE daher und bringt in der einen oder anderen Sache qualifizierte Gegenargumente – damit hat die vorherrschende Mehrheit nicht gerechnet.

In den letzten Wochen gab es in Monschau heftigen Streit um die Frage eines gemeinsamen Schwimmbades mit der Gemeinde Simmerath. Die IG Schwimmbad hat fast 1200 Unterschriften der Monschauer BürgerInnen gesammelt. Diese fordern den Rat auf, die Entscheidung über das Schwimmbad den Bürgern zu überlassen.

DIE LINKE hält die sauber recherchierten Berechnungen der IG für zutreffend. Die Verwaltungen in Simmerath und Monschau rechnen jedoch vor, dass für jede Kommune ein eigenes Bad billiger ist, als wenn sich beide ein etwas größeres Bad teilen. Hierzu stellen wir fest: „Wer diese mathematische Kunst beherrscht, der kann auch rechnerisch darstellen, dass die Erde eine Scheibe ist“!

Für den Ratsbürgerentscheid hätten 500 Unterschriften ausgereicht. Selbst für ein Bürgerbegehren wären keine 1200 erforderlich gewesen. Ein Abweisen des Ansinnens würde den Bürgern erneut vor Augen führen, dass Ihre Stimme nur alle 5 Jahre gefragt ist! DIE LINKE spricht sich jedenfalls für einen Bürgerentscheid aus!

In Monschau ist es noch ein weiter steiniger Weg, ehe sich demokratische Kultur- und Umgangsformen sowie gebührende Achtung vor dem Willen der Bevölkerung etablieren werden. DIE LINKE wird sich hier nicht irritieren lassen und diesen Weg konsequent voranschreiten.



Erika Krebs, Ratsmitglied DIE LINKE im Rat der Stadt Monschau

Bürgerarbeit ist eine Mogelpackung und bietet keine Alternative zu sozialversicherungspflichtiger Arbeit.



Nachdem sich die ARGE in der Städteregion im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens für die Einführung der Bürgerarbeit ausgesprochen hat, erklärt die Linksfraktion im Städteregionstag. Auf den ersten Blick hört sich der Begriff Bürgerarbeit der Bundesregierung ja gut an. Doch bei genauerem Hinsehen, stellt man fest, es ist alter Wein in neuen Schläuchen. Vielmehr steckt die Idee des Workfare-Konzeptes aus der neoliberalen Gruselkiste dahinter, die das Ziel verfolgt: Keine staatlichen Leistungen ohne Gegenleistung.

Die Erwerblosen sollen wieder einmal dazu gezwungen werden, jede Arbeit anzunehmen, sonst drohen Sanktionen.

Deshalb fordert DIE LINKE: Langzeitarbeitslose, die unter den derzeitigen Bedingungen keine Chance auf den ersten Arbeitsmarkt haben, in öffentlich geförderte Beschäftigung zu integrieren, die auf dem Prinzip der Freiwilligkeit und tarifvertraglicher Bezahlung aufbauen und keine regulären Beschäftigungsverhältnisse verdrängen.

Nach Auffassung der Linken muss es eine repressionsfreie, armutsfeste Mindestsicherung geben. Das Netz der sozialen Sicherung darf nicht an Bedingungen geknüpft werden, die die Menschen zum Spielball arbeitsmarktpolitischer Experimente machen, die ausschließlich der Schönung der ohnehin falschen Statistik dienen.

Bei der Bürgerarbeit soll es für eine 30-Stunden-Woche 900 Euro brutto geben. Das würde beispielsweise den vom DGB geforderten Mindestlohn auf Stundenbasis unterlaufen. DIE LINKE wird gemeinsam mit den HARTZ IV-Opfern der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn Nachdruck verleihen.

Da die eigentlichen Gewinner der Bürgerarbeit die Kommunen sind, sollten die Stunden-Löhne zwingend wegen den eingesparten Mitteln für die Kosten der Unterkunft für die Erhöhung der Stundenlöhne entsprechend der Tarifverträge verwendet werden.



Wolfgang Brose, Sachkundiger Bürger im Rat der Stadt Herzogenrath und Städteregionstag Aachen

Energieversorgung zurück in Bürgerhand

DIE LINKE-Fraktion im Städteregionstag setzt sich dafür ein, dass die Dominanz der über großen Energieversorger in Deutschland reduziert wird. Wir sind nämlich der Meinung, dass günstigere Energiepreise und die zügige Umstellung der Energieversorgung auf Erneuerbare Energien mit der Vorherrschaft der Energiekonzerne wie RWE in absehbarer Zeit nicht möglich sein wird.

Für die Energieversorgung der Zukunft benötigen wir viele kleine Kraftwerke und zur flexiblen Steuerung der Energieströme

leistungsfähige Versorgungsnetze. Die moderne Energieversorgung nutzt die vonseiten der Natur kostenlos zur Verfügung gestellte Sonnen-, Wind- und Wasserkraft und befreit damit die Menschen von lebensbedrohlichen CO₂- und Quecksilberausstößen der Kohlekraftwerke sowie von der Strahlung der Atomkraftwerke und ihrer Abfälle.

Die Dinosaurier unserer Energieversorgung wollen aber lieber zentrale Großkraftwerke, mit denen sie über Jahrzehnte noch Milliardengewinne erzielen können, um mit ihrer Marktmacht gerechte Energiepreise zu verhindern. Dezentrale Strukturen sind ihnen zuwider, weil sie somit die Kontrolle über Energieströme verlieren.

DIE LINKE aber will gerechte Energiepreise und arbeitet dafür, dass die Energienetze wieder in die Verantwortung und Kontrolle der Städte, Gemeinden und Kreise zurückkehren. Damit besteht die Chance, dass die Energieversorgung sozial gerecht und klimaverträglich sowie die Beteiligung der Bürger an den Entscheidungen möglich wird.

Wir unterstützen die dezentrale Produktion von Energie und damit die Sonnennutzung auf den Dächern, die kleinen Blockheizkraftwerke in den Kellern sowie die Windanlagen auf den Feldern. Das ist auch ein Beitrag zur Sicherung bzw. Neuschaffung von Arbeitsplätzen bei den Handwerksbetrieben in der Städteregion Aachen und für dringend benötigte Einnahmen für die öffentliche Hand.

Denken Sie auch an morgen! Sichern Sie Ihren Kindern und Enkeln eine lebenswerte Welt, unterstützen Sie DIE LINKE in ihrer Arbeit in der Städteregion Aachen.



Uwe F. Löh, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Städteregionstag Aachen

Arbeitskreis Umwelt

Der Arbeitskreis Umwelt, Verkehr & Stadtplanung wurde im Frühjahr 2008 gegründet und trifft sich zur Zeit jeden Freitag um 18 Uhr im Linken Zentrum Aachen in der Augustastraße 69.

Wir beraten und diskutieren zu aktuellen Umweltthemen die unsere Region betreffen, aber auch darüber hinaus. Wir begleiten eng die Arbeit in den Umweltausschüssen in Aachen Stadt und der Städteregion Aachen. Mit dem Ziel ökologisch sozialistischem Fortschritt eine möglichst große Chance zu bereiten, formulieren wir kritische Fragen und erstellen entsprechende Vorschläge.

Beispielsweise setzen wir uns im Fall Campus Melaten gegen die ausufernde Landschaftsfresserei (ins Rabental) und unsinnige Verkehrsführungen (über Hörn) ein. Ebenso treten wir für die Nutzung alter zentraler Gewerbegebiete statt der Planung raumgreifender neuer ein.

Ein Schwerpunkt ist der Kampf gegen Atom- und fossile Energie und der Einsatz für regenerative Energien wie Windkraft, Photovoltaik, Biogas und Erdwärme. Dafür arbeiten wir mit Bürgerinitiativen, Umweltgruppen und -verbänden zusammen, z.B. beim landesweiten Klimaschutz-Hearing, das im April 2009 in Aachen stattgefunden hat.

Gegen die Jülicher atomaren Altlasten arbeiten wir mit dem Jülicher Linken Stadtverband seit Sommer 2008 intensiv zusammen. Ein Ergebnis: auf Antrag des linken Abgeordneten im Jülicher Stadtrat hat dieser einstimmig (!) beschlossen, von der Betreiber-gesellschaft des alten Hochtemperaturreaktors (AVR), der durch den Unfall von 1978 das Erdreich dort verseucht hat, die Finanzierung einer Kinderkrebsstudie in der Region zu fordern. Mit niederländischen Gruppen (auch aus der Sozialistischen Partei der Niederlande), versuchen wir, gegen den Plan vorzugehen, in Borssele in Zeeland ein neues AKW zu bauen, und haben allein in der Aachener Region letztes Jahr fast 1000 Einsprüche dagegen gesammelt.

Auf Landesebene arbeiten wir in der Ökologischen Plattform mit, an deren Beiträgen zum Landtagswahlprogramm wir großen Anteil hatten.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß Umwelt- und Klimaschutz, Erneuerbare Energien (100% !) und Kreislaufwirtschaft eng mit Krieg und der sozialen Frage verbunden sind, dass dies also die zentrale Frage für DIE LINKE ist.

So ist der Klimawandel mehr als nur ein

Umweltproblem unter vielen: Er ist der reine Ausdruck der Tatsache, dass die kapitalistische Logik der Akkumulation die Menschheit dahin führt, die Umwelt, in der sich seit sechstausend Jahren die Zivilisationen entwickelt haben, zu zerstören.

Es reicht nicht, fossile Brennstoffe durch erneuerbare Energien zu ersetzen, es bedarf einer Abkehr von unserem derzeitigen Konsumstil, was gesellschaftlich nur dann akzeptiert werden kann, wenn dieses gerecht und solidarisch gestaltet wird. Eine konsequente Umverteilungspolitik von oben nach unten ist daher eine notwendige Voraussetzung für eine gelingende ökologische Wende. Dagegen betreibt die Bundesregierung ökologisch schädliche Subventionen und Steuervergünstigungen; 2008 waren es über 41 Mrd € (nach Zahlen des Bundesumweltamtes)!



Es ist viel zu tun. Wir freuen uns über jeden, der bei uns mitarbeiten oder uns unterstützen möchte.

Dirk Makowski, AK Umwelt

Hartz IV macht krank

Dass Hartz IV krank macht, haben in der Vergangenheit etliche Studien belegt. So ist es nicht möglich, Kinder von 2,55€ pro Tag (das ist der im Regelsatz enthaltene Betrag für Lebensmittel bei Kindern), vernünftig zu verpflegen. Auch Erwachsene dürften Probleme haben, sich von gut 132€ einen Monat lang gesund zu ernähren. Hieran ändern auch Kochrezepte eines zynischen SPD-Politikers und Ex-Vorstandsmitglieds der Deutschen Bundesbank nichts.

Neben dem Problem, sich körperlich gesund zu halten, geht es immer mehr Hartz IV-Empfänger/innen auch psychisch zunehmend schlechter. Ein System, das Leistungsrechte zu Bittstellern degradiert und entwürdigt und eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nicht ermöglicht, muss fast schon naturgemäß Depressionen bei den Betroffenen hervorrufen.

Mittlerweile verursacht Hartz IV jedoch nicht mehr nur negative gesundheitliche Auswirkungen bei den Leistungsberechtigten. Glaubt man einzelnen vertraulichen Äußerungen, so ist es auch um die Gesundheit der Mitarbeiter/innen der Job Center schlecht bestellt. Die Krankenstände sollen neue Rekordhöhen erreicht haben.



© Sabine Markmann / pixelio.de

Man mag darüber spekulieren, wie es dazu gekommen ist. Haben sich die Mitarbeiter/innen durch den täglichen „Kundenkontakt“ ansteckt? Ist die Arbeitsbelastung durch die in der Städteregion gestiegene Zahl von Hartz IV-Berechtigten zu groß geworden? Oder ist es die steigende Zahl von notwendigen Widersprüchen, die diese Epidemie ausgelöst hat? Vielleicht ist es aber auch einfach so, dass ein System, das „fordert“, ohne zu fördern und welches den Betroffenen keinerlei Perspektiven zu bieten hat, auch an denen, die hinter dem Schreibtisch sitzen, nicht spurlos vorüber geht.

Darum erst recht: Hartz IV muss weg!

Wolfgang Brose

CDU und FDP kürzen den Sozialstaat kaputt

Am Montag, dem 14. Juni, haben wir nach langer Zeit wieder eine Montagskundgebung gegen Sozialabbau in Aachen organisiert und unseren Protest



gegen das sogenannte Sparpaket der Bundesregierung auf die Straße gebracht. Am Kugelbrunnen in der Adalbertstraße kommentierten unser Bundestagsabgeordneter Andrej Hunko (Foto) und unser Stadtatsmitglied Andreas Müller die Kürzungspläne aus bundes- und kommunalpolitischer Sicht. Schon der Begriff Sparpaket ist eigentlich ein Betrug, denn hier wird nichts für uns gespart, sondern zur Schonung der Banken und Konzerne sollen wichtige staatliche Leistungen abgeschafft werden. Der Protest wird fortgesetzt.

**Montagskundgebung
gegen das Kürzungspaket
jeden Montag von 18.00 - 19.00 Uhr
am Holzgraben, Aachen**

Müssen Frauen Schutzgeld zahlen?



40.000 Frauen suchen jedes Jahr in Deutschland Zuflucht in einem Frauenhaus, meist mit ihren Kindern. Die Plätze kosten Geld. In Einzelfallprüfungen stellen Behörden fest, ob für die jeweilige Frau die

Unterbringung übernommen wird. Studentinnen, Auszubildende, Migrantinnen ohne Leistungsanspruch und Frauen mit „ausreichendem“ Einkommen bekommen den Frauenhausplatz nicht oder nur teilweise finanziert. Sie müssen zahlen! Je nach Kommune zwischen acht und 65 Euro pro Tag. In Aachen liegt der Tagessatz derzeit bei 32 Euro pro Person. Hat die Hilfesuchende ein geringes Einkommen und gehört nicht zu den oben genannten Personengruppen, heißt es erst einmal den „Antrag auf Eingliederungshilfe für Arbeitsuchende“ ausfüllen. Hierbei helfen die Mitarbeiterinnen in den Frauenhäusern, ohne die diese Bürokratie für die Frauen gar nicht zu bewältigen wäre. So stehen die Kolleginnen in den Frauenhäusern bei der Ankunft einer Frau, die sich gerade in einer extremen Notsituation befindet, immer wieder vor der absurden Entscheidung:

„Kümmern wir uns erst um die die verängstigten Frauen oder um die Finanzen?“ Nun, was hat wohl Priorität? Wenn die Finanzierung durch die Tagessätze nicht sichergestellt ist, droht letzten Endes die Schließung des Hauses! Jede vierte Frau erlebt mindestens einmal im Leben Gewalt durch den Partner. Betroffen sind alle Alters- und Bildungsschichten, so das Ergebnis einer Studie im Auftrag der Bundesregierung.

Die Bundesregierung prüft und prüft und prüft...



©WilliSchewski / pixelio.de

Obwohl es Frauenhäuser schon seit 1976 gibt, gibt es bisher keine bundesweit einheitliche Regelung, wie die Frauenhäuser finanziert werden. Bereits seit einem Jahr prüft der Bund die geforderte einheitliche Finanzierung. Das Land bezuschusst pro Haus drei Personalstellen. Einen Teil übernehmen Kommunen und die Träger der Frauenhäuser. Den größten Anteil zahlen oft die Betroffenen.



©Harry Hautumm / pixelio.de

Die Situation der Frauenhäuser wurde erstmalig in einem Antrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE im November 2007 angesprochen, der eine einheitliche Finanzierung forderte sowie einen freien Zugang für alle Frauen unabhängig von ihrem Einkommen, ihrer Herkunft oder ihrem Aufenthaltsstatus. Diese Forderung wurde im Mai 2010 erneut erhoben, da die Zuständigkeit von Ländern und insbesondere die der Kommunen gerade jetzt dazu führt, dass die Existenz der Frauenhäuser immer stärker bedroht ist. Die Finanzierung von Frauenhäusern ist eine freiwillige Leistung und ist damit jederzeit widerrufbar.

In der Städteregion Aachen konnten 2009 ca. 50 Frauen aus den unterschiedlichsten Gründen nicht aufgenommen werden. Es wird jedoch immer versucht, irgendwie eine Lösung für die hilfesuchenden Frauen zu finden, notfalls werden sie in anderen Häusern in NRW untergebracht. Im vergangenen Jahr haben immerhin mehr als 230 Frauen und ca. 250 Kinder in den beiden Frauenhäusern in Aachen und Alsdorf Aufnahme und Schutz gefunden.

Der Bedarf an Hilfe aber nimmt stetig zu, und

die Gründe sind vielschichtig: Zwangsprostitution, körperliche und seelische Gewalt, Stalking, Zwangsheirat...

Seit Beginn des Jahres 2007 kooperieren der Sozialdienst katholischer Frauen und das Diakonische Werk im Kirchenkreis Aachen sehr eng mit den beiden Frauenhäusern der Region. Die Kooperation wurde im Hinblick auf die zukünftige Städteregion beschlossen.

Im Zuge der Gründung der Städteregion sind jedoch 11 Plätze und 1 Stelle im Aachener Frauen- und Kinderschutzhaus weggefallen, um das Frauenhaus in Alsdorf zu erhalten.

Sind dies die immer wieder hochgelobten Synergieeffekte, die sich die Städteregion zum Ziel gesetzt hat? DIE LINKE in der Städteregion Aachen wird keinen Kürzungen von Geldern für die Frauenhäuser in der Region in den kommenden Haushalten zustimmen und sich für eine bessere Finanzierung einsetzen. Wir arbeiten eng mit unseren Fraktionen in NRW und im Bund zusammen, um eine bundeseinheitliche Finanzierungsmöglichkeit zu schaffen.

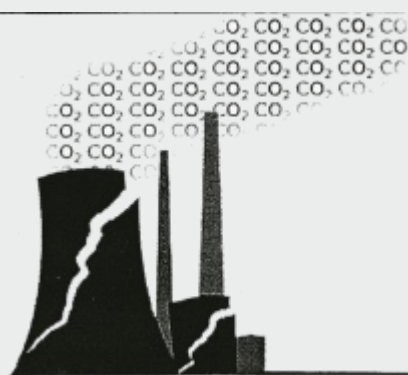
Bitte wenden Sie sich in einer Notlage oder erlebter Gewalt trotz der hier aufgezeigten Schwierigkeiten immer an die Mitarbeiterinnen des Frauen- und Kinderschutzhauses! Dort erhalten Sie Schutz und Unterstützung!

Eine Aufnahme ins Frauenhaus ist rund um die Uhr möglich!
Tel. 0800-1110444
(kostenfrei, aber leider vom Handy noch nicht erreichbar! oder 0241/470450)
Im äußersten Notfall bitte den Notruf 110 wählen!



Foto: Bernd Weifshaupt

Marika Jungblut, Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag Aachen



Saubere Energie Aachen bittet um Ihre Unterstützung

Der Neubau von Kohlekraftwerken, wie von der STAWAG geplant, ist klimapolitisch nicht mehr zu verantworten. Sie stoßen über mehrere Jahrzehnte enorme Mengen CO₂ und andere Schadstoffe aus. Eine Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien ist notwendig, machbar und muss möglichst schnell geschehen.

Unterstützen auch Sie das Bürgerbegehren "Keine neuen Kohlekraftwerke"

Weitere Infos unter: www.saubere-energie-aachen.de

Adressen

Fraktion DIE LINKE im Städtereionstag

Kreishaus: 1. OG, Raum E 178, Tel.: 0241 / 5198 3576
Zollernstraße 16 | 52070 Aachen
eMail: dielinke-fraktion@staedtereion-aachen.de
www.dielinke-staedtereionstag.de

Fraktionssitzungen (14tägig) mittwochs ab 17:00 Uhr

Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Aachen

Habsburgerallee 11-13 | 52064 Aachen
3.OG, Raum 369, Tel.: 0241 / 432 7244
eMail: fraktion.dielinke@mail.aachen.de
www.fraktion-dielinke-aachen.de

Fraktionssitzungen in der Regel wöchentlich montags ab 18 Uhr

Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Alsdorf

Rathaus Hubertusstr. | 52477 Alsdorf
1.OG, Raum 129
eMail: Alsdorf.Linke@alsdorf.de
www.dielinke-alsdorf.de
Tel.: 02404 / 50293 + 50331
Fraktionssitzungen montags 18 - 20 Uhr
Bürgersprechstunden mittwochs 17:30 - 19 Uhr

DIE LINKE Städtereion Aachen

Augustastrasse 69, 52070 Aachen
E-Mail: kontakt@dielinke-aachen.de
www.dielinke-aachen.de
Tel. 0241-9902531
Fax 0241-9905228

Linkes Zentrum

Augustastrasse 69, 52070 Aachen
Tel. 0241-99063820
Öffnungszeiten

Mo 15 bis 17.30 Uhr / Di-Fr 17 bis 19 Uhr

Arbeitskreis Umwelt, Verkehr, Stadtplanung

Linkes Zentrum
Treffen jeden Freitag ab 18.00 Uhr
www.dielinke-aachen.de/ak/umwelt

Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Herzogenrath

Rathausplatz 1, 1.OG, Raum 105, Tel.: 02406 / 83121
eMail: fraktion@linke-herzogenrath.de
www.dielinke-herzogenrath.de
Postadresse: Fraktion DIE LINKE
Im Rat der Stadt Herzogenrath
Postfach 1280 | 52112 Herzogenrath

Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Stolberg

Villa Lynen | Rathausstr. 44 | 52222 Stolberg
1.OG, Raum 104 / 105, Tel.: 02402 / 76683-20
eMail: dielinke.fraktion@stolberg.de
www.dielinke-stolberg.de

Bürgersprechstunde jeden Donnerstag 15:00 bis 17:30 Uhr

Fraktionssitzungen (14tägig) montags ab 19:00 Uhr

DIE LINKE im Rat der Stadt Eschweiler

Albert Borchardt
Johannes-Rau-Platz 1 | 52249 Eschweiler
eMail: albertborchardt@dielinke-eschweiler.de
www.dielinke-eschweiler.de | Tel: 0179/648 3205
Bürgersprechstunden mit Hartz IV Beratung
Mittwoch 22. Oktober, Nov., Dez. 3. Montag im Monat
jeweils 15:30 - 19 Uhr | Rathaus, Raum 14

Arbeitskreis Soziales

Linkes Zentrum
Treffen jeden 2. und 4. Dienstag im Monat ab 19.00 Uhr
www.dielinke-aachen.de/ak/soziales

Arbeitskreis Betrieb und Gewerkschaft

Linkes Zentrum
Treffen jeden 4. Dienstag im Monat ab 18.00 Uhr
www.dielinke-aachen.de/ak/bug

Linksjugend solid

Linkes Zentrum
Treffen jeden Dienstag ab 18.00 Uhr

Eschweiler

"Dilo", Aachener Str. 119, 52249 Eschweiler
Treffen jeden Samstag ab 18.00 Uhr

DIE LINKE im Rat der Stadt Monschau

Erika Krebs
Bürgerforum 21 / DIE LINKE
Laufenstrasse 84 | 52156 Monschau
Raum 503 | Tel.: 02472 / 81266
erika.krebs@dielinke-aachen.de
www.dielinke-nordeifel.de

Wahlkreisbüro Andrej Hunko, MdB

Augustastrasse 69 | 52070 Aachen
Telefon 0241/990 6825-0 | Telefax 0241/990 6825-1
eMail: andrej.hunko@wk.bundestag.de
www.andrej-hunko.de
Sprechzeiten:
Montags 11 bis 13 Uhr, Donnerstags 17 bis 19 Uhr
und nach Vereinbarung

Wir hören Ihnen zu und
grenzen keinen aus.



Kommen Sie vorbei und reden mit uns.

Wer über gewisse Dinge den Verstand
nicht verliert, der hat keinen zu
verlieren.



Gotthold Ephraim Lessing

Linker Hund des Monats

Haben auch Sie ein lustiges,
amüsanter Bild Ihres Hundes und
möchten es gerne veröffentlichen,
dann schicken Sie es uns zu.
eMail: wir-redaktion@dielinke-aachen.de
postalisch:
Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag
Zollernstraße 16 | 52070 Aachen



WIR



Bestellschein:

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. im Städtereionstag erhalten.
Bitte schicken Sie "WIR in der Städtereion" kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

Name, Vorname

Postleitzahl, Ort, Straße

Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0241 / 5198 3576

Impressum:

WIR in der Städtereion

Zeitung der Fraktionen DIE LINKE in der Städtereion Aachen

e-mail:

wir-redaktion@dielinke-aachen.de
wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de

Redaktion

Harald Siepmann (zugleich v.i.S.d.P.),
Robert Boltz, Albert Borchardt,
Marika Jungblut, Dirk Makowski

Layout

Andreas Becker, Albert Borchardt

Fotos:

www.pixelio.de, Archiv Linksfraktion

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Druck

Brimberg, Aachen

Auflage

25.000

Dank an alle, die das Erscheinen dieser Ausgabe möglich gemacht haben, und Dank auch an alle, die sie in die Welt hinaus tragen.

Ihr seid toll.

Nächste Ausgabe:

Redaktionsschluss 12. Dezember 2010
Ausgabe 17. Januar 2011